DIE GRÜNEN
Bundesvorstand

Die fröhlichen Leute von unterwegs oder: Grüne Nahostpolitik - ein Fiasko, 3. Akt Avanti Dilettanti

von Jürgen Maier, Bundesvorstand Die Grünen, 4.3.91

Im Januar 1991 häufen sich die Vorwürfe seitens der staatstragenden Parteien (also derer, die jahrelang kräftig allerlei Militärisches an den Irak exportieren liessen), die Friedensbewegung und die Grünen insbesondere in der BRD seien »antiisraelisch«, »antiamerikanisch«, »pro Saddam« usw., weil sie Amerikas »gerechten Krieg« gegen den »neuen Hitler« ablehnen und stattdessen einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Auch aus Israel kommen von einigen Organisationen der zionistischen Linken, namentlich RATZ, und der grössten Organisation der Friedensbewegung »Peace Now« entsprechende Offene Briefe. Gleichzeitig unternehmen Parlaments- und Parteiendelegationen scheinheilige Canossagänge nach Israel, um die Beschädigungen des »Ansehens Deutschlands« durch angeblich »gewissenlose Todeshändler«, die in Wirklichkeit fast alle völlig legal gearbeitet haben, in erster Linie durch Schecks aus der Welt zu schaffen. In dieser Situation kommt einigen Vorstandsmitgliedern der Grünen der Gedanke, eine eigene Nahostreise zu unternehmen, um die Positionen der Grünen und der Friedensbewegung gegen die dort geäusserte Kritik zu verteidigen. Eine Reise, die also ebenso schwierig wie notwendig gewesen wäre. Insbesondere Vorstandssprecher Ströbele nimmt sich der Sache an, von der Planung der Gesprächstermine bis hin zur Buchung der Flüge wird das Projekt zur »Chefsache«.

Nun haben Nahost- bzw Israelreisen innerhalb der komplizierten Gemengelage des innergrünen Strömungsstreits schon zweimal (1984 und 1987) heftige Eruptionen ausgelöst, und in der gegenwärtigen hochgradig emotionalisierten Lage wäre eine sorgfältige inhaltliche und politische Vorbereitung auf diese heikle Mission höchst notwendig gewesen. Stattdessen wurde auch diesmal wieder hemmungslos das grüne Strömungssüppchen gekocht, es entfiel nicht nur jede inhaltliche Vorbereitung auf die Reise, sondern auch die Zusammensetzung der Delegation wurde Gegenstand billiger strömungspolitischer Manöver. Einige Leute, darunter der Verfasser, sprachen sich daher dagegen aus, die Reise unter diesen Umständen überhaupt anzutreten. Als die Vorstandsmitglieder Ströbele, Rühle und Ceyhun etwa am 4. Februar ein Gespräch mit dem Botschaftsrat Benjamin in der israelischen Botschaft zur Vorbereitung der Reise führten, wurden sie mit der Überraschung konfrontiert, dass Benjamin ihnen erklärte, vor einigen Tagen sei eine Delegation der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Grünen hier gewesen, hätten die Position des Bundesvorstandes in der Frage der Patriot-Lieferungen verurteilt und sich eindeutig für solche Lieferungen ausgesprochen. Nett, dass man auf diese Weise auch mal erfährt, dass Herr Schlauch und seine Freunde den Bundesvorstand verurteilen. (Wahrscheinlich wird eine Partei, in der derart nebeneinanderher und gegeneinander Politik gemacht wird, von keiner Botschaft der Welt ernstgenommen.)

Dass Benjamin im Gespräch dann mehrfach erklärte, die Bedeutung der Lieferung von Patriot-Raketen an Israel durch Deutschland sei von untergeordneter Bedeutung und werde nur von Deutschland so stark hochgespielt, lässt - rein inhaltlich gesehen - die baden-württembergischen Bekundungen zudem ziemlich lächerlich erscheinen. Der Bundesvorstand beauftragt Heide Rühle, die Landtagsfraktion in Stuttgart an die innerhalb einer politischen Organisation üblichen Umgangsformen brieflich zu erinnern. Kaum jemand glaubt allerdings ernsthaft, dass eine solche Ermahnung irgendeinen Effekt haben wird. Es ist eine Sache, wenn auf Landesparteitagen (etwa in Hessen) heftig über die Politik der Grünen zu Nahost bzw Israel gestritten wird. Da gehört der Streit hin. Wenn das aber in der sattsam bekannten Weise so läuft, dass diejenigen, deren Position mal wieder nicht mehrheitsfähig ist, Privatpolitik machen und den Streit etwa in das Vorzimmer des israelischen Botschafters tragen, sind wir wieder bei der Frage, warum die Grünen so auf den Hund gekommen sind.

Auch die Frage, wer fährt mit, war zu keinem Zeitpunkt von anderen als strömungspolitischen Erwägungen bestimmt, Sachkompetenz spielte wie üblich keine Rolle (allenfalls noch individuelle Reiselust). Einige Leute, einschliesslich Ströbele, hatten sich etwa in den Kopf gesetzt, auf jeden Fall das Vorstandsmitglied Maier nicht mitzunehmen. Zwar hatte dieser seit 4 Jahren Internationalismus- und Nahostarbeit im Vorstand gemacht, sich aber 1987 mit dem damaligen Realohäuptling Schily

angelegt wegen dessen damaliger allzu unkritischer Israelreise. Was da im Detail abgelaufen war, wusste freilich kaum noch jemand - kein Wunder angesichts der rasanten Fluktuation im Bundesvorstand. So erklärte etwa ein hessisches Vorstandsmitglied, im hessischen Landtag sei verbreitet worden, Maier habe vor einigen Jahre ja eine »katastrophale Tel Aviv-Reise« veranstaltet und sich daher selbst disqualifiziert. Auf erstaunte Nachfrage, wann denn die »katastrophale Tel Aviv-Reise« stattgefunden haben solle, kam natürlich keine Antwort. Auch Ströbele wollte die Realos auf jeden Fall einbinden und statt Maier lieber einen Realo mitnehmen, obwohl es neben der Ressortverteilung im Vorstand auch noch andere Argumente gab, die für ihn sprachen. So könnte es schliesslich bei so einer heiklen Mission nicht schaden, wenn wenigstens ein Delegationsmitglied dabei ist, das schon mal in der Region war, dort Leute kennt und sich auf Englisch verständlich machen kann.

Noch während immer noch völlig unklar war, wer eigentlich fährt (und eine ernsthafte Vorbereitung allein schon deswegen kaum möglich ist), schafft Ströbele weitere Fakten. Er verfasst und verschickt bereits einen vierseitigen Offenen Brief an die israelische Friedensbewegung, von dem die meisten anderen Vorstandsmitglieder, darunter das für Internationales zuständige Mitglied (das wider besseres Wissen die vor Weihnachten noch im Vorstand beschlossene Stärkung der Ressortzuständigkeiten ernst genommen hatte) aus der Presse erfahren. Auf sein Drängen hin beschliesst zudem der neuerdings eingerichtete »Geschäftsführende Bundesvorstand«, 3 Leute zu schicken, darunter mindestens 2 Sprecher/innen. Statt der ursprünglich angepeilten 3 nominiert der Gesamt-Vorstand schliesslich 4 Leute, die fahren sollen, da es 2 Sprecher/innen sein sollen und sowohl Beisitzer Maier als auch Beisitzer Ceyhun je 7 Stimmen bekommen. Nur zwei Delegationsmitglieder (Ströbele und Maier) allerdings können den zweiten Teil der Reise nach Jordanien auch mitmachen. Dass es während der ganzen Auseinandersetzung um die Frage, wer fährt, keineswegs nur um die Reiselust der einzelnen Vorstandsmitglieder ging, wurde etwa deutlich, als die Nominierung des Vorstandsmitglieds Maier durch den Vorstand dazu führte, dass der ebenfalls nominierte Beisitzer Ceyhun offensichtlich unter dem Druck seiner Realo-Strömung zunächst erklärt, unter diesen Bedingungen nicht mitzufahren, eine Meinung, die er aber dann nochmal revidiert. Was während des ganzen Gekungels natürlich zu kurz kam, war eine auch nur ansatzweise inhaltliche Vorbereitung der Reise.

Dienstag 19.2.

Die wiederum hatte Ströbele offenbar auch nicht nötig. Er vertritt den Politiker-Typus der auch bei den Grünen immer weiter verbreiteten »Generalisten«, der über alle Fragen glaubt, ausreichend Bescheid zu wissen. Hat man allerdings keinen guten Beraterstab, kann das schon auch mal danebengehen. So staunt die Delegation nicht schlecht, als sie beim Abflug in Frankfurt mit einem grossen Nahost-Interview Ströbeles in der Süddeutschen Zeitung konfrontiert wird, von dem sie vorher nichts wusste. Erst recht staunt die Delegation, als sie bei ihrer Ankunft in Tel Aviv noch vor der Passkontrolle mit Journalisten konfrontiert wird, die einen am selben Tag in der Jerusalem Post erschienenen Artikel über Ströbeles Interview präsentieren. »Iraq's attacks on Israel are the logical, almost compelling consequence of Israel's politics vis-a-vis the Palestinians and the Arab states, including Iraq.« lautet der Ströbele zitierende Satz am Anfang des Artikels, und auch wenn der Satz isoliert gelesen schärfer zugespitzt wird als im Kontext, ist er doch korrekt zitiert.

Ein Vorgeschmack auf das, was die Delegation in Israel erwarten sollte, kam danach. Die Delegation wurde erstmal zwei Stunden festgesetzt, bis sie einreisen konnte. Geheimdienstbeamte wollen das Gepäck näher unter die Lupe nehmen. Allerdings weigert sich nur ein Delegationsmitglied standhaft, sein Gepäck ohne seine Anwesenheit durchsuchen zu lassen. Schliesslich kommt ein »Vorgesetzter« und entschuldigt sich, alles sei ein Missverständnis. Wer's glaubt... auch die Israelis wissen , daß manche Leute durch solche Manöver jedenfalls schon eingeschüchtert werden. Danach nimmt die Delegation die Gasmasken in Empfang und der Delegationsleiter verständigt das Hotel, in dem in Kürze der erste Gesprächstermin stattfindet, über die Verspätung. Schliesslich macht sich die grüne Delegation im Taxi auf den Weg nach Jerusalem; glücklicherweise bringt die Dame von der Information gerade noch rechtzeitig die Zettel mit dem Gesprächsprogramm und den Telefonnummern, die der Delegationsleiter beim Telefonieren im Flughafen liegengelassen hatte.

Reger Verkehr von Tel Aviv nach Jerusalem, vermutlich auch wegen der Scuds, die ja in erster Linie auf Tel Aviv zielen. Unterwegs unterhalten sich einige Delegationsmitglieder mit dem Taxifahrer über die Scud-Angriffe. Ach was, da sei jeder Tag im Strassenverkehr gefährlicher als die Scuds, meint dieser. Der grosse Schaden, den die Raketen anrichten, sei wirtschaftlicher Natur - die ganzen Touristen blieben weg. Kurz vor Jerusalem wird Raketenalarm ausgelöst. Sollen wir jetzt die Gasmasken aus dem Kofferraum holen und in einen Schutzraum ? Der Taxifahrer lacht und fährt weiter, draussen auf der Strasse geht das Leben weiter, einige sitzen mit Gasmaske am Steuer, andere ignorieren den Alarm komplett. Am Hotel Notre Dame, eine vatikanische Besitzung direkt an der Grenze zwischen israelischem Westjerusalem und palästinensischem Ostjerusalem, angekommen, ist das Eingangstor verriegelt, die Delegation muss leider für die Dauer des Alarms draussen bleiben.

Nach einer Viertelstunde kommen wir ins Hotel. Dort wartet bereits die Delegation von Peace Now auf uns, die sich nach der Kenntnisnahme des Jerusalem Post-Artikels bereits überlegt hatte, ob sie überhaupt mit den Grünen zusammentreffen. Mordechai Bar-On von Peace Now sagt jedoch, sie hätten kein grosses Vertrauen in die Objektivität der rechtslastigen Jerusalem Post und es daher vorgezogen, den Originalton der Grünen kennenzulernen. Die Atmosphäre des Treffens ist zunächst äusserst gespannt, eine sachliche politische Diskussion praktisch nicht mehr möglich. Ströbele gelingt es nur ansatzweise, seine Position klarzustellen, dass er es nicht billigt, dass Scuds auf Israel abgefeuert werden, und versichert, er sei entgegen der Jerusalem-Post-Meldung nicht der Mei-

nung, Israel habe kein unbegrenztes Recht auf Selbstverteidigung. Der deutsche Text des Interviews in der Süddeutschen Zeitung, auf den sich die Jerusalem Post bezieht, ist entgegen Ströbeles Erwartungen allerdings nicht geeignet, die Atmosphäre zu beruhigen.

Schliesslich gelingt es doch, ansatzweise von Ströbeles Interview zu abstrahieren und Positionen kontrovers zu diskutieren. Peace Now lehnt die Forderung nach einem Waffenstillstand klar ab, distanzieren sich auch nicht von Shamirs Position, der eine Verhandlungslösung ohne Krieg zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Kuwaits kategorisch abgelehnt hatte und entsprechenden Druck auf die USA ausgeübt hatte. Saddam und seine Militärmaschine seien eine Bedrohung für die ganze Region, nicht nur für Israel, mit ihm könne es keinen Frieden geben. Gäbe es jetzt einen Waffenstillstand, gäbe es in wenigen Jahren wieder Krieg, denn dann würde Saddam Israel angreifen. Von daher sei ein Waffenstillstand inhaltlich falsch, es sei aber erst recht nicht nachzuvollziehen, warum ausgerechnet Israel für einen Waffenstillstand sein solle. Das sei gegen Israels Interessen. Der Palästina-Konflikt habe nichts mit Saddams Politik zu tun, er benutze die Palästinenser in zynischer Weise. Sie seien gegen Israels Besatzungspolitik, für Verhandlungen mit der PLO und eine Zwei-Staaten-Lösung und würden Labor und Likud moralisch anprangern, weil diese Parteien das ablehnen. Aber Saddams »linkage« nütze den Palästinensern nichts. Sie räumen allerdings ein, dass Israels starre Ablehnung jeglicher Verhandlungen über palästinensische Selbstbestimmung dazu beitrage, dass Saddams »linkage« bei den Palästinensern Unterstützung finde. Dennoch sei es ein katastrophaler Fehler der PLO, diese »linkage« zu unterstützen, die Palästinenser werden die Verlierer dieses Kriegs sein.

Sie sind empört über die Position der Grünen, Patriot-Lieferungen an Israel abzulehnen. Das sei eine moralisch niederträchtige Ignoranz gegenüber Menschenleben, all die politischen Argumente gegen Rüstungsexporte im allgemeinen, und dass jede Defensivwaffe auch offensiv verwendbar sei, das sei doch abwegig angesichts einer konkreten Bedrohung durch die Scuds. Einige Delegationsmitglieder äussern Verständnis für diese Position, wenden aber ein, dass man auch mit dieser Position dann doch erst recht einen Waffenstillstand fordern müsse, schliesslich gebe es keine 100%ige Sicherheit durch Patriots. Nur mit einem Waffenstillstand würden die Scud-Angriffe aufhören. Zudem sei das Grauen, das unter der irakischen Zivilbevölkerung angerichtet werde, ja ungleich grösser als in Israel. Für die tagtäglich sterbenden Zivilisten in Bagdad und Basra seien die Argumente, mit Saddam könne es keinen Frieden geben, auch abstrakte politische Argumente, die ihnen nicht das Leben retten. Wir bekommen zur Antwort, es gebe aber leider keinen Frieden mit Saddam, wenn er jetzt nicht beseitigt werde, werde es in wenigen Jahren einen irakischen Angriff auf Israel geben, wo wieder Leute sterben werden.

Am Ende dieses turbulenten Auftakts der Reise beschliesst die Delegation, angesichts der enormen Belastung der Gesprächsatmosphäre eine Klarstellung über die Positionen der Grünen am nächsten Morgen herauszugeben (siehe Anlage). Delegationsmitglied Ceyhun bekommt inzwischen ständig Anrufe aus Hessen, aus den Koalitionsverhandlungen heraus, mit der Aufforderung zur sofortigen Abreise. Die Realos wollen den Eindruck erwecken, »die Linken« hätten sich blamiert und aus Ströbeles missratenem Interview sofort politisches Kapital schlagen. Deswegen darf kein Realo dableiben, über die Frage, was in dieser Situation den Grünen insgesamt nützt oder schadet, zerbrechen sie sich nicht den Kopf.

Mittwoch 20.2.

Am nächsten Morgen herrscht erstmal weitgehendes Chaos - verstärkt durch das bereits einsetzende aufgeregte Flügelschlagen in der BRD, das alle individuell durch diverse Telefonate spät nachts mitbekommen haben. Zunächst gelingt es noch sehr schnell, sich auf ein Statement der Delegation zu einigen. Aber danach löst sich die Delegation in ihre Mitglieder auf, die jeweils für sich telefonieren und Interviews geben. Ströbele teilt mit, die am Vormittag vorgesehenen Termine im israelischen Aussenministerium seien von diesem abgesagt worden. Immer wieder unterbrochen von Anrufern, die kein Deutsch sprechen, tippe ich den Text des Statements und übersetze eine Erklärung von Ströbele. Zu einer Diskussion, was bei den zahlreichen Telefoninterviews mit neugierig gewordenen Journalisten denn gesagt wird, kommt es in der Delegation nicht. Ströbele erklärt offfenbar zunächst, Broder und die Jerusalem Post hätten alles falsch wiedergegeben, das Interview sei nicht autorisiert. Als dies in Deutschland bekannt wird, erklärt Broder, er habe aber das ganze Interview auf Tonband und könne alles beweisen: »herrn ströbeles unterstellung, ich hätte ihm sätze in den mund gelegt, die er nicht gesagt hat, ist mit hilfe des bandes leicht zu widerlegen, sollte er diese behauptung noch einmal aufstellen, werde ich mit allen zur verfügung stehenden rechtlichen mitteln gegen ihn vorgehen. zur politischen blamage, die er zu verantworten hat, wird er auch für die folgen seiner rufschädigenden behauptungen aufkommen müssen. er mag so antisemitisch sein, wie er nur will, auf ordentliche umgangsformen sollte er dennoch nicht ganz verzichten.«, so Broder in einem Fax an die Bundesgeschäftsstelle vom 20.2.91. So schnell wird man also zum Antisemiten. Ströbele jedenfalls schwenkt daraufhin auf die Position um, er habe es nicht so *gemeint*.

Geschichte wiederholt sich manchmal als Farce. 1987 war schon einmal ein grüner Rechtsanwalt relativ ahnungslos nach Israel gefahren, damals auf Einladung des israelischen Staatspräsidenten, hatte dort eine Pressekonferenz gegeben, wo er u.a. erklärt hatte, der Nahostkonflikt könnte längst gelöst sein, wenn die Palästinenser endlich Demokratie von Israel lernen würden und wurde dann u.a. vom Bundesvorstand der Grünen für diese abseitigen Thesen scharf kritisiert. Der grüne Rechtsanwalt reagierte, indem er zunächst auch behauptete, er sei verleumdet worden und habe das gar nicht gesagt. Als der Journalist, der über die Pressekonferenz in der taz berichtet hatte, daraufhin zur Rettung seiner journalistischen Ehre mir die Tonbänder von der Pressekonferenz überliess, um zu dokumentieren, dass der grüne Rechtsanwalt es doch gesagt hatte, gingen die Wogen der

Empörung bei dem grünen Rechtsanwalt und seinen Freunden hoch: wie kann man nur solchermassen hinter jemandem herschnüffeln, Tonbänder beschaffen - igittigitt, es wurde gar eine »Abhöraffäre Maier« konstruiert. Der Anwalt hiess damals Schily. Kurz davor war er gegen die Forderung nach einem Waffenexportverbot an beide damals kriegführenden Staaten Iran und Irak eingetreten, da der fundamentalistische Iran keinesfalls den Krieg gewinnen dürfe, weshalb Waffenlieferungen an Saddam Hussein nicht unterbunden werden sollten...wirklich, eine Farce.

Doch zurück nach Jerusalem. Am Mittwochvormittag geht ein weiterer Anruf ein. Benny Temkin von der RATZ-Partei teilt mit, die Ratz-Fraktion habe das für 14 Uhr vorgesehene Gespräch in der Knesset abgesagt. Er begründet das damit, dass es Drohungen aus den Reihen der rechten Parteien gegeben habe, es käme zu Handgreiflichkeiten, wenn wir die Knesset betreten, und ausserdem sei es zur Zeit politisch sehr schwierig, mit uns zusammenzutreffen. Schöne Bescherung - und etwas freie Zeit. Ich schlage vor, der Redaktion von Hanitzotz, die gleich um die Ecke residiert, einen Besuch abzustatten.

»Derech Hanitzotz« war eine Zeitschrift, die bis 1989 wöchentlich in hebräisch und arabisch erschien, herausgegeben von israelischen Journalisten, und in erster Linie über die Realität in den besetzten Gebieten informierte. Obwohl alle Ausgaben durch die israelischen Militärzensur gingen, wurde die Zeitung dann verboten und die Redakteure wegen »Spionage«, »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« u.v.a. angeklagt, denn die »generelle Linie« der Zeitung lege nahe, dass die Redakteure PLO-Sympathisanten seien. Die Redakteure wurden zT über ein Jahr inhaftiert und geben inzwischen, nach ihrer Freilassung, ein neues Magazin »Challenge« heraus. Diese Redaktion steht dem mainstream der israelischen Friedensbewegung und der zionistischen Linken insgesamt sehr kritisch gegenüber. Die israelische Friedensbewegung, bzw ihr mainstream, sei zur Zeit wohl die einzige Friedensbewegung der Welt, die offen für einen Krieg eintrete. Im gegenwärtigen Golfkrieg sei auch für den grössten Teil der »sogenannten Friedensbewegung« die Forderung nach einem Abzug der Iraker aus Kuwait nicht genug, sondern sie fordern die Zerschlagung des irakischen Militärpotentials. Aber was bedeute denn die Forderung nach der Zerschlagung des irakischen Militärpotentials ? Nichts anderes als dass nach dem Krieg Israel als Hegemonialmacht in der Region übrigbleibe, atomar bewaffnet, und enger vom Westen unterstützt als dies seit längerer Zeit der Fall war. Das habe allerdings mit Friedenspolitik wenig zu tun, denn ein solcher Zustand sei für alle arabischen Staaten unakzeptabel und führe vermutlich zu einem neuen Krieg. Vor allem sei in einer solchen Situation Israel weniger denn je bereit, tatsächlich einen Kompromiss mit den Palästinensern einzugehen. Es sei völlig verkehrt, wenn jetzt wegen der Scud-Raketen eine Solidarisierungswelle mit Israel einsetze. Das bestärke Shamir und die Mehrheit des israelischen Volkes, die hinter ihm stehe, nur in seiner verhängnisvollen Politik. Es werde jetzt sogar immer offener darüber diskutiert, ob man nicht die Gunst der Stunde nutzen solle und die Palästinenser aus den besetzten Gebieten nach Jordanien vertreiben solle. Würde Israel jetzt am Verhandlungstisch einer internationalen Nahostkonferenz sitzen, sähe es in der Region politisch total anders aus und hätte es wohl auch diesen Krieg nicht gegeben. Patriots für Israel ? Der reale Schaden, den die Scuds bisher angerichtet hätten, sei viel geringer als der Wirbel, der darum veranstaltet werde. Israel könne sich nur durch eine ganz andere Aussenpolitik schützen, nicht durch militärische Massnahmen. Man tue Israel keinen Gefallen, wenn man es in seiner Politik bestärke. Israel komme der Krieg der USA gegen den Irak sehr gelegen, es habe ihn sehnsüchtig gewünscht, denn der Irak habe Israels militärische Hegemonialstellung in der Region gefährdet. Dabei hätte es 1988, als die PLO Israel ein Verhandlungsangebot auf der Basis gegenseitiger Anerkennung machte, auch mit dem Irak sich verständigen können. Aber darum sei es Shamir nie gegangen.

In den arabischen Staaten, in denen ein gewisses Mass an Demokratie herrsche, gebe es offene Sympathiekundgebungen für Saddam. Nicht weil sie ihn besonders schätzen, sondern weil er die beiden zentralen Probleme der arabischen Welt anspreche: die nach wie vor ungelöste Palästinafrage und die krasse Ungleichheit des Wohlstands in Arabien. 15 Millionen Golf-Araber besitzen Auslandsvermögen von insgesamt 600 Milliarden $, die 185 Millionen anderen Araber haben Auslandsschulden von 200 Milliarden $. Solange diese krasse Ungleichheit bestehe, sei eine tatsächlich stabile Friedensordnung im Mittleren Osten nicht denkbar. Daher müsse die Politik der USA und der Golfstaaten, den Ölpreis niedrig zu halten, beendet werden - an diesem Punkt seien ja auch die Gespräche zwischen Irak und Kuwait gescheitert. Diese ganze Dämonisierung Saddam Husseins lenke doch von den realen Problemen der Region und den realen Hintergründen der irakischen Invasion in Kuwait ab.

Auf dem Rückweg ins Hotel sagt ein Delegationsmitglied erleichtert, dass es in Israel ja auch noch Leute gebe, die ähnliche Positionen haben wie wir und nicht alle uns derart ablehnend gegenüberstehen. Im Hotel treffen wir Latif Dori von der Mapam, einer linkssozialistischen zionistischen Partei, die bis vor einigen Jahren noch eng mit Shimon Peres' Labor Party zusammenarbeitete. Er erklärte, dass aufgrund des Ströbele-Interviews ein offizielles Treffen mit Mapam leider nicht möglich sei, er bedauere das sehr, und verabschiedete sich bald wieder.

Danach treffen wir im palästinensischen Ost-Jerusalem den »inoffiziellen PLO-Vertreter« Faisal Husseini. Er schildert uns zunächst ausführlich die Lage sei dem Beginn des Krieges in den besetzten Gebieten. Die von der israelischen Besatzungsmacht verhängte totale Ausgangssperre hat verheerende Konsequenzen für die Bevölkerung. Bauern können aufgrund der Ausgangssperre ihre Felder nicht bebauen, die Früchte verrotten, sie können nichts verkaufen. Welche Konsequenzen die Ausgangssperre auf Schafe und andere Tiere hat, ist noch nicht absehbar. Betriebe mussten schliessen. Palästinensische Arbeiter konnten weder in den besetzten Gebieten noch nach Israel zur Arbeit fahren, was häufig Entlassung zur Folge hat. 80% des medizinischen Personals hat keine Ausnahmegenehmigung von der Aus-

gangssperre bekommen. Selbst bei der stundenweisen Aussetzung der Ausgangssperre darf man den Ort nicht verlassen, so dass jede Art von Handel zusammengebrochen ist. Tausende Palästinenser aus der Westbank dürfen seit dem 15. Januar nicht von Reisen nach Jordanien in die Westbank zurückkehren. Viele Familien befinden sich nach einem Monat totaler Ausgangssperre in einer akuten wirtschaftlichen Notlage, einige hungern sogar.

Wir diskutieren danach den Krieg und seine Folgen. Lediglich 5% der Palästinenser in den besetzten Gebieten hat bisher eine Gasmaske bekommen; ohnehin dürfen nur über 15jährige Gasmasken bekommen. Nicht dass sie besonders viel vom realen Nutzen der Gasmasken hielten, aber was sei das eigentlich für eine verkommene Moral, wonach israelische Leben geschützt werden und palästinensische nicht ? Husseini verteidigt die Politik der PLO. Das Palästinaproblem sei das zentrale Problem dieser Region, Saddam Hussein habe die Gefühle vieler Palästinenser angesprochen als jemand der gegenüber der Starrheit des Westens und der USA und der Arroganz der reichen Golfmonarchien aufgestanden sei. Nach dem Krieg werde die Palästinafrage drängender denn je sein, das würden die USA schon merken, wenn sie die Region neu ordnen wollen. Wir wenden ein, es sei doch absehbar, dass der Irak den Krieg verlieren werde, und die PLO damit indirekt auch. Ob es nicht ein schwerer politischer Fehler sei, den Irak zu unterstützen, weil dann ausgerechnet in einem Moment, wo die Palästinafrage drängender denn je sei, die PLO schwächer denn je sei ? Das spiele doch faktisch den Israelis in die Hände, die andauernd versuchen, mit irgendwelchen handverlesenen Palästinensern, die nur sich selbst repräsentieren, aber nicht mit der PLO verhandeln wolle. Er antwortet ausweichend - würde die PLO den Irak nicht unterstützen, würde die PLO von den Palästinensern nicht mehr unterstützt. Die Palästinenser seien an einem Punkt der Verzweiflung angekommen, wo der Glaube an eine Verhandlungslösung mit Israel immer mehr schwinde. Die PLO auch ? Nein, die Beschlüsse von Algier 1988 blieben gültig, aber man müsse Druck auf Israel ausüben, damit es auch kompromissbereit werde.

Am Mittwochabend treffen wir uns mit einigen israelischen Freunden, die zwar Ströbeles Interview auch nicht gut finden, aber die allgemeine Verteufelung der Grünen und ihrer Positionen (mit denen sie weitgehend übereinstimmen) erheblich schlimmer finden. Inzwischen hatte das Hotel mehrere Bombendrohungen erhalten und waren vor dem Hotel einige Personen aufgetaucht, die Plakate mit üblen Beschimpfungen hochhielten und die deutsche Flagge verbrannten. Auch die für den morgigen Donnerstag geplante Pressekonferenz, bei der Ströbele seinen Rücktritt erklären wollte, muss vor diesem Hintergrund sorgfältig geplant werden. Polizeischutz ja oder nein ? Wir sollten nichts von der israelischen Polizei erwarten, sagen einige unserer Freunde. In der Tat hatte sogar die Hotelleitung, palästinensische Christen, die Polizei weggeschickt, nachdem diese sich im Hotel wegen der Bombendrohung umgesehen hatte. Sie werden wohl gewusst haben, warum. Ein Freund von Yesh Gvul will einige kräftige Männer zur Pressekonferenz mitbringen, um Zwischenfälle zu verhindern.

Donnerstag 21.2.

Frühmorgens um 5 bekomme ich einen anonymen Drohanruf, ich lege auf und dann den Hörer neben das Telefon. Bis zum Frühstück klingelt bei den beiden anderen Delegationsmitgliedern mit deutschen Namen ständig das Telefon mit anonymen Drohanrufen. Spätestens als Ströbele die deutsche Botschaft um Rat fragt und diese natürlich empfiehlt, ohne Pressekonferenz so schnell wie möglich das Land zu verlassen, war die Lage klar: Ströbele, Renate Damus und Ozan Ceyhun beschliessen, so schnell wie möglich das Land zu verlassen und auf eine Pressekonferenz zu verzichten. Man sei nicht mehr sicher hier und könne hier politisch sowieso nichts mehr erreichen oder alles nur noch schlimmer machen. Mit einigem Hin und Her gelingt es, Flüge zu bekommen. Am späten Vormittag verlassen die drei Jerusalem Richtung Tel Aviv Airport. Mit einer gewissen Erleichterung bleibe ich zurück, stelle aber bald fest, dass diese Art der Ausreise nach soviel öffentlichem Aufsehen nicht unbedingt die beste ist. Kurz nach 12 Uhr (dem vorgesehenen Termin der ausgefallenen Pressekonferenz) beginnt ein nicht endenwollender Strom von Journalisten ins Hotel Notre Dame, die nächsten dreieinhalb Stunden bin ich damit beschäftigt, ein Interview nach dem anderen zu geben und die ausgefallene Pressekonferenz zu ersetzen. Von einem Journalisten erfahre ich, dass Ströbele bereits am Vormittag in Form einiger Radiointerviews seinen Rücktritt bekanntgegeben habe. Wie gut, dass ich das nunmehr auch erfahre, ab sofort kann ich auf entsprechende Fragen klare Antworten geben. Ströbeles Rücktritt scheint jedenfalls die Atmosphäre bei den israelischen Journalisten etwas entspannt zu haben: die Fragen werden sogar bei Israel Radio, die bisher die übelsten Beiträge über die grüne Delegation gebracht hatten, jetzt sachlicher.

Danach schaue ich noch beim Alternativen Informationszentrum unweit des Hotels vorbei, einer der wenigen israelisch-palästinensischen Einrichtungen, die seit Jahren trotz massiver Repression und zweitweiliger Schliessung unermüdlich über die Lage in den besetzten Gebieten, die gesellschaftlichen Entwicklungen in Israel und die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen des Besatzungsregimes informiert. Sie haben den ganzen Wirbel um unseren Besuch schon mitbekommen und sind sehr neugierig, wieviel davon üble Nachrede und wieviel davon grüne Tapsigkeit ist. Ich berichte ausführlich, was vorgefallen ist und wie dieser Besuch von A-Z in die Mühlen der innergrünen Strömungskämpfe geraten ist. Ich ernte nur Kopfschütteln. »Das ist jetzt schon der dritte Besuch, der danebengeht.« Gut gemeint sei manchmal das Gegenteil von gut. Aber wir sollen uns bloss nicht einschüchtern lassen. Israel befinde sich zur Zeit in einer völligen Kriegshysterie, die meisten Friedenskräfte stünden voll hinter Shamir wegen seiner »Zurückhaltung«. Ihn dafür zu loben sei völlig absurd - machtpolitisch sei das nur konsequent. Israel werde einer der Gewinner dieses Krieges sein, und werde seine Kolonisierungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten fortsetzen. Israel versuche sich jetzt dauernd als bemitleidenswertes Opfer zu präsentieren und sei doch in jeder Hinsicht ein Täter, weil es seit Jahren jede Verständigung mit den Palästinensern und den arabischen Staaten blockiere. Der mainstream der Friedensbewegung werde das schon auch wieder zur

Kenntnis nehmen müssen, wenn der Krieg vorbei sei. Sie schildern mir nochmal in aller Deutlichkeit die Lage in den besetzten Gebieten seit dem 16.Januar - über diese krasse Menschenrechtsverletzung redet niemand.

Danach treffe ich einige führende Vertreter der Untergrundführung der Intifada. Sie bestätigen die bereits von Faisal Husseini erwähnten Informationen über die Lage in den besetzten Gebieten. Wir diskutieren über die politischen Auswirkungen des Krieges auf das arabisch-israelische, das palästinensisch-israelische und das arabisch-europäische Verhältnis. Alle drei hätten sich nachhaltig verschlechtert. Die Palästinenser seien masslos enttäuscht über das politische Versagen der Europäer in der Golfkrise und ihre nahezu bedingungslos proamerikanische Linie. Wo sei etwa die unabhängige Linie Frankreichs geblieben ? Bisher hätten viele Palästinenser in Frankreich, Italien, zum Teil auch der BRD Staaten gesehen, von denen sie sich teilweise Unterstützung erhoffen können. Von den USA und Grossbritannien wisse man ja, dass sie den Palästinensern feindlich gegenüberstehen. Selbst Japan, das mit der Golfregion ja nun wirklich nichts direkt zu tun habe, habe sie bitter enttäuscht mit seinem schnellen Nachgeben gegenüber den Amerikanern und seinen Milliardenbeiträgen. Es bestehe die Gefahr, dass die Palästinenser und darüber hinaus viele Araber die Lage künftig so wahrnehmen, dass alle Welt gegen sie stehe.

Es sei der bodenlose Rassismus gegen Araber, der jedes Vertrauen der Araber auch zu Europa zerstört habe. Wenn in Bagdad Zivilisten zu Tausenden regelrecht abgeschlachtet werden, dann rege das niemanden auf. Wenn in Israel sage und schreibe zwei Menschen durch Scuds getötet werden, tauchten die Europäer, auch die Deutschen, mit Schecks und Patriots auf. Tagtäglich erschiesse die israelische Besatzungsmacht junge Palästinenser wegen Lächerlichkeiten wie Steinewerfen usw, daran habe man sich offenbar gewöhnt. Sind Araber Menschen zweiter Klasse ? Ist ein arabisches Leben weniger wert als ein israelisches ? Das sei doch offenbar auch Europas Politik. Niemand störe es, wenn Israel seit 24 Jahren den Staat Palästina besetze und teilweise annektiere, UNO-Resolutionen hin oder her, die meisten UNO-Resolutionen gegen Israel würde sowieso vom amerikanischen Veto blockiert. Wenn der Irak den Staat Kuwait, der eher ein Familienunternehmen sei und der grossen Mehrheit seiner Bewohner die Bürgerrechte verwehre, besetze, dann sei das plötzlich ganz schlimm und nicht hinnehmbar. Der Glaube, mit Israel könne eine Verhandlungslösung zu einer friedlichen Koexistenz in zwei Staaten gefunden werden, lasse unter den Palästinensern immer mehr nach. Dass die Scuds auf Tel Aviv bejubelt werden, sei doch kein Wunder nach all den Hunderten Todesopfern, nach den 75,000 Verhaftungen, den Deportierungen, dem Tränengas, den Häusersprengungen und all den anderen Brutalitäten der Besatzungsmacht in den letzten 3 Jahren. Jeder Palästinenser denke, die Israelis haben das verdient. Die Iraker hätten Saddam nicht gewählt, können ihn auch nicht abwählen, aber die Israelis hätten Shamir gewählt und stünden hinter seiner aggressiven Politik. Was sei das eigentlich für eine Vermessenheit, mit der in Europa und USA jetzt über »neue Ordnungen« im Nahen Osten geredet werde ? Mit europäischer und amerikanischer Aggression in dieser Region hätten die Probleme doch erst angefangen, seien künstliche Grenzen gezogen worden, sei Israel in der Region installiert worden, amerikanische Unterstützung allein mache Israels Kolonisierung der besetzten palästinensischen Gebiete erst möglich. Der Westen solle sich aus der Region endlich zurückziehen und aufhören, Israel und unpopuläre arabische Regime zu unterstützen, das wäre das Beste, was der Westen tun könne.

Am Donnerstag abend treffe ich dann noch einige Freunde von Yesh Gvul, einer couragierten Reservisten-Organisation, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Yesh Gvul ist politisch sehr pluralistisch zusammengesetzt, eben keine Partei, und tritt auch für einen Waffenstillstand am Golf ein. Die parteipolitischen Teile der Friedensbewegung, neben Ratz und Mapam müsse dazu auch die stark Labor-Party-beeinflusste Peace Now gezählt werden, stünden zur Zeit voll hinter Shamir. Das entspreche zwar im grossen und ganzen der Stimmung des grössten Teils des israelischen Volkes, aber es sei zu befürchten, dass dies zu einem länger andauernden Rückgang der gesellschaftlichen Unterstützung für eine tatsächliche Friedenspolitik und einen Rückzug aus den besetzten Gebieten führe. Der ganze Krieg habe dazu geführt, dass vieles sich politisch in die 70er Jahre zurückentwickelt habe, sowohl in Israel als auch bei den Palästinensern bzw Arabern. In Israel glauben jetzt viele, die durch die Intifada zum Schluss gekommen seien, man müsse mit der PLO reden und die Palästinenser als eigenes Volk endlich zur Kenntnis nehmen, man könne jetzt mit Syrien und anderen arabischen Staaten ein Arrangement *über* die Palästinenser treffen und das Problem sei gelöst. Die Unterstützung für rechtsradikale Vorstellungen eines »Transfers«, sprich: einer Massenvertreibung der Palästinenser nach Jordanien, wo sie dann einen palästinensischen Staat haben können, habe erheblich zugenommen, ein prominenter Rechtsradikaler, Reservegeneral Rehevam Ze'evi, der seit Jahren für diese Vertreibung eintritt, wurde von Shamir jetzt als Minister in die Regierung aufgenommen. Aber auch bei den Palästinensern sei eine Entwicklung rückwärts eingetreten, verständlich zwar, aber politisch verheerend, gerade auch für die Palästinenser selbst. Statt auf die eigene Kraft zu bauen - was sich in der Intifada dokumentiert habe - liefen sie jetzt wieder einem arabischen Führer hinterher, plappern panarabische Sprüche nach statt ihre eigene palästinensische Identität herauszustellen. Die PLO sei eine einzige Enttäuschung - sie erkläre ständig, so und so sei die Stimmung in den besetzten Gebieten, also müsse die PLO diese Politik machen. Politische Führung sei gefragt, und da versage die PLO völlig, obwohl sie es besser wissen müsse. Entsprechend verlören Vertreter eines Kompromisses mit Israel an Unterstützung. Ob sich diese Rückwärtsentwicklungen so schnell wieder umkehren lassen nach einem Ende des Krieges, müsse dahingestellt bleiben.

Später am abend treffe ich noch Benny Temkin, Generalsekretär der Ratz, der betont, die Absage des offiziellen Gesprächstermins gestern sei nicht als Abbruch der Beziehungen zu verstehen. Aber Ratz habe in der gegenwärtigen Situation nicht anders handeln können, auch aus Verantwortung für 100,000 Wählerstim-

men. Wir tauschen dann Einschätzungen über den Krieg und die Zukunft der Region nach dem Krieg aus, die allerdings sehr kontrovers sind. Auch Temkin vertritt die Meinung, es gebe keinerlei Alternative zu einer Beseitigung Saddam Husseins. So negativ das für die irakische Zivilbevölkerung sei, aber anders gebe es keinen Frieden. So sehr Ratz imperialistische Aktionen der USA in anderen Situationen kritisiere, hier seien die USA im Dienst einer im Prinzip guten Sache.

Mehrere israelische Gesprächspartner, die mit den Nahost-Positionen der Grünen weitgehend übereinstimmen, fragen mich während des Besuches, wie es eigentlich dazu kommen kann, dass diese Partei jetzt schon die dritte Nahostdelegation so gründlich in den Sand setzt und offenbar komplett unfähig ist, daraus auch nur ansatzweise zu lernen. Schliesslich schaden solche Reisen ja in Israel auch denjenigen, die damit unterstützt werden sollen. Es kann wohl nur daran liegen, dass sich von allen denen, die sich jetzt wieder wild flügelschlagend zu Wort melden, so gut wie niemand wirklich für die Probleme des Nahen Ostens interessiert. Nahost - das ist ein delikates Terrain, das alles andere als dazu dazu geeignet ist, diese heruntergekommenen Strömungsschlachten zu schlagen. Zwar gab es seitens der Bundestagsfraktion nach Schilys missratener Israelreise 1987 verschiedene Nahost-Hearings. Sie wären gut geeignet gewesen, sich ein gewisses Grundwissen anzueignen und ein gewisses Gefühl dafür, wie man sich auf diesem delikaten Terrain bewegt. Keiner der Strömungsmatadoren, erst recht nicht diejenigen, die jetzt wieder soviel von der besonderen Verantwortung der Deutschen für Israel schwadronieren, wurde dort je gesehen.

Ströbeles missglücktes Interview ist eine Peinlichkeit. Eine andere Peinlichkeit sind dann aber die nachfolgenden Distanzierungsrituale von allerlei Grünen, die sich ungefragt entschuldigen, sehr oft um daraus strömungspolitisches Kapital zu schlagen. Keiner fragt, wie es eigentlich dazu kommt, dass die politische (Un)kultur in dieser Partei es nicht zulässt, dass aus solchen Fehlern gelernt wird, dass selbst solche Reisen in den Sumpf der Strömungs-Machtkämpfe gezogen werden. Daher werden sich solche Peinlichkeiten vermutlich wiederholen - jetzt wäre wieder eine Reise à la Schily an der Reihe, mit der sich die Grünen zwar bei der israelischen Regierung beliebt machen, dafür bei der Friedensbewegung blamieren. Allenthalben bezieht man sich wieder auf Gerüchte statt auf Informationen, erfindet »katastrophale Tel Aviv-Reisen«, die es nie gab. Den Gipfel des Kriechertums erreichte Baden-Württembergs notorischer Rezzo Schlauch: Zuerst entschuldigt sich dieser Herr bei CDU-Ministerpräsident Teufel wegen einer Aktion zweier grüner MdLs, die bei dessen Vereidigung auf die Verquickung der Landesregierung mit Rüstungsexporten hinweisen. (Zur Erinnerung: MBB lieferte dem Irak die Raketen-Technologie, mit der er die Scuds modernisierte. MBB gehört zu 70% der Firma Daimler-Benz, die bekanntlich exzellente Beziehungen zur Stuttgarter Landesregierung unterhält. Offenbar ein Kavaliersdelikt.) Danach aber spricht Schlauch in der israelischen Botschaft vor und verurteilt den Bundesvorstand (ohne ihm dieses mitzuteilen), der gegen Patriot-Lieferungen an Israel ist, weil die Scuds ja eine tödliche Bedrohung Israels sind. Kaum wird das Ströbele-Interview bekannt, schreibt er eilfertig einen Entschuldigungsbrief an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Galinski. Ströbele »is not the person we want to be represented by.«, so zitiert ihn die Jerusalem Post (eine Kopie des deutschen Originals liess er dem Bundesvorstand leider nicht zukommen). Der Meinung war er schon auf dem Parteitag in Dortmund. Ist **sowas** grüne Politik ? Nein danke. Ich kann keine Anhaltspunkte dafür erkennen, dass es diesen Leuten irgendwie ernsthaft inhaltlich um eine *grüne* Nahostpolitik geht. Diese Israelreise, ihre Vorgeschichte und ihr Nachspiel hat exemplarisch verdeutlich, wie heruntergekommen die politische Unkultur ist, die ein grosser Teil (jedenfalls der lautstärkste Teil) der auf Bundes- und Landesebene tätigen Funktionäre in ihren abgedrehten Kämpfen um eine gar nicht existierende Macht praktizieren. Alles, absolut alles wird für diese Machtpolitik funktionalisiert. Offensichtlich nehmen gerade jene, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die besondere Verantwortung der Deutschen für Israel bemühen, diese Verantwortung am wenigsten ernst.

Freitag 22.2.

Frühmorgens breche ich von Jerusalem nach Amman auf. Nachdem das Sammeltaxi an der Allenby Bridge, dem Übergang vom besetzten Palästina nach Jordanien ankommt, fängt dort erstmal ein langes Warten an, obwohl es hier kaum noch Reisende gibt. Die Gasmaske wird abgegeben. Nach einer Stunde Passkontrolle. Der israelische Beamte nimmt den Pass, tippt etwas in seinen Computer ein, schaut sich den Bildschirm minutenlang an. Ich frage, was los sei. Ob ich Journalist sei, will er wissen. Schliesslich sagt er: »You will have difficulties when you come back.« Nur hier an der Brücke oder generell ? Kein Kommentar.

Auf der jordanischen Seite werden zwei Personen erwartet. Statt der üblichen gründlichen Kontrolle werde ich zum Chef der Grenzstation gebracht, der mich zum Kaffee einlädt und wissen will, was in Israel los war, er hatte schon einiges davon gehört. Er teilt meine Meinung nicht, dass der Israel-Teil der Reise verunglückt sei. Er findet Ströbeles Interview überhaupt nicht schlimm und meint, in Israel würde doch jede Delegation beschimpft, die Israel kritisiere statt Schecks abzugeben. Er verweist nochmal ausführlich darauf, dass direkt gegenüber auf der anderen Jordanseite seit 24 Jahren massiv Menschenrechte, Selbstbestimmung und UNO-Resolutionen verletzt werden und kein Staat aus der Koalition gegen den Irak sich darum kümmere, im Gegenteil sogar der Besatzungsmacht kräftig Militärhilfe gebe. Diese Doppelbödigkeit sei einfach unerträglich, meint er, und wünscht mir eine gute Reise nach Amman.

In Amman angekommen, besuche ich am Nachmittag eine palästinensische Kundgebung. Jordanien ist heute viel liberaler und demokratischer als andere arabische Staaten; auch palästinensische Kundgebungen waren in Jordanien bis vor kurzem kaum möglich. Die Kundgebung sollte in einer Halle für vielleicht 5000 Personen stattfinden - stattdessen kamen an die 20,000 Menschen, die

Halle war vollständig überfüllt, und der grösste Teil der Menschen kam nur bis zum Parkplatz vor der Halle. Obwohl ich meine des Englischen kundigen Begleiter in dem Trubel bald verloren hatte und die arabischen Reden nicht verstand, bekam ich doch viel von den Emotionen mit. Überall Bilder von Arafat, König Hussein und Saddam Hussein. Alte Frauen, die grosse Scud-Raketen aus Pappe, bemalt mit der irakischen Flagge, mit sich tragen. Sprechchöre »al-Falestin, al-Urdun, al-Iraq«. Jugendliche verteilen Fotomontagen, die Bush in allerlei demütigenden und kompromittierenden Situationen zeigen. Ob all das den Palästinensern ihre Rechte näherbringt, muss hingegen bezweifelt werden. Nachdem die Sitzreihe mit den Gästen von den Massen bald überrannt worden war, gerade ich öfter in heikle Situationen, in denen ich zur Vermeidung körperlicher Auseinandersetzungen klarstellen muss, dass ich weder Amerikaner noch Israeli bin und diesen Krieg total ablehne. Kurz danach erfahre ich, dass ein Deutscher vor einigen Tagen in einem Kaffeehaus in Amman angestochen wurde - ein Arabischstudent, der zum Islam übergetreten war...

Samstag 23.2.

Nacheinander treffe ich den Staatssekretär im Aussenministerium, den Parlamentspräsidenten Abdul Latif Arabiyat, den Senatspräsidenten Ahmad al-Lawzi und den Staatsekretär im Innenministerium. Sie erläutern mir ausführlich Jordaniens Position. Jordanien befinde sich in einer schwierigen geographischen Lage, zwischen Israel und Irak. Man höre sehr aufmerksam die wiederholten israelischen Verlautbarungen über ein Eingreifen Israels in den Krieg durch eine Invasion Jordaniens mangels gemeinsamer israelisch-irakischer Grenze oder über eine Massenvertreibung der Palästinenser über den Jordan. Nach dem Krieg werde Israel wahrscheinlich noch stärker dastehen als jetzt schon, so dass Jordanien diese Drohungen sehr ernst nehmen müsse.

Jordanien sei von Anfang an gegen die irakische Invasion Kuwaits gewesen, lehne aber diesen Krieg ab und sei für eine arabische Lösung. Jordanien trete für eine Verhandlungslösung ein und für einen sofortigen Waffenstillstand. Der Irak habe doch inzwischen klar signalisiert, dass er bereit sei, aus Kuwait abzuziehen. (Zu diesem Zeitpunkt befand sich Tariq Aziz in Moskau, doch die sowjetische Initiative stiess in Washington auf taube Ohren.) Der Krieg löse kein Problem dieser Region. Amerikanische Vorstellungen von einer »neuen Ordnung« klängen sehr nach 1917, als der Westen schon mal die Region aufgeteilt habe und Grenzen gezogen habe. Die Folgen seien bis heute spürbar. Das Vertrauen Jordaniens - und zwar der Bevölkerung noch viel mehr als der Regierung - in den Westen sei schwer enttäuscht worden. Jordanien werde für seine neutrale Haltung im Golfkrieg schwer bestraft. Die Wirtschaft sei vollkommen ruiniert, die Sanktionen gegen den Irak träfen nicht nur Jordanien sehr direkt (Irak war der grösste Exportmarkt Jordaniens) sondern auch indirekt: viele Sanktionen gegen den Irak würden auch gegen Jordanien angewandt. Kaum jemand weiss, wie es wirtschaftlich weitergehen soll. Politisch stehe die gesamte Bevölkerung heute voll hinter der Politik des Königs und der Regierung, die es ablehnen, in die die antiirakische Koalition einzutreten. Was der Westen nie begreife, ist dass die arabischen Völker füreinander nicht Ausland seien. Es gebe eine gemeinsame arabische Geschichte und Kultur, und wer Bagdad bombardiere, bombardiere damit einen Teil des arabischen Volkes, zu dem auch Jordanien gehöre. Die fast 100prozentig proamerikanische Haltung der westeuropäischen Regierungen sei von Jordanien mit grosser Enttäuschung aufgenommen worden, ob das Europas neue Rolle nach dem Ende des Kalten Krieges sei ? Auch Genschers Reise nach Israel und seine grosszügigen Geldgeschenke seien in Jordanien auf Unverständnis gestossen.

Was die Amerikaner und ihre Verbündeten im Irak anrichteten, sei ein unbeschreibliches Massaker. Das gehe weit über die UNO-Resolutionen hinaus. Insbesondere der Parlamentspräsident, ein Vertreter der Moslembrüderschaft, betont, wie wenig sie den Beteuerungen des Westens noch glauben können, es gehe nur um das Völkerrecht. Das sei völlig verlogen - wenige Kilometer westlich von Amman werde tagtäglich das Völkerrecht mit Füssen getreten, mit Unterstützung des Westens. Die Stimmung in der Bevölkerung sei durch die Flächenbombardements der USA extrem antiwestlich geworden, und das in einem Land, das bis vor kurzem als ausgesprochen prowestlich galt. Auch die arabischen Machthaber etwa in Syrien oder Ägypten würden schon noch merken, dass sie mit ihrer Unterstützung für die regelrechte Zerstörung des Irak einen schweren Fehler gemacht habe. Immer wieder wird betont, Jordanien sei heute eine Demokratie, in der niemand wegen seiner politischen Meinungen unterdrückt werde, es gebe freie Wahlen und keine Zensur. Die Regime in Ägypten und Syrien könnten ihre Politik nur deswegen durchhalten, weil dort keine Demokratie herrsche. Selbst Bilder wie der zerstörte Zivilschutzbunker von Ameriye in Bagdad, der am 13.2. von den Amerikaner zerbombt worden war, würden dort von der Zensur verheimlicht.

Am Nachmittag findet eine Pressekonferenz statt, die auf grosses Interesse stösst. Man merkt, dass Jordanien wegen seiner neutralen Haltung vom Westen inzwischen boykottiert wird. Die Stärke der Friedensbewegung insbesondere in der BRD stösst auf viel Anerkennung. Auch die Israel-Reise der Delegation war Gegenstand vieler Fragen. Anschliessend schaue ich mich etwas in der Stadt um, die grosse wirtschaftliche Depression ist offensichtlich. Die grösste Zahl der Läden ist geschlossen. Die Hotels sind leer, keinerlei Geschäftsleute mehr. Wie lange das gutgehen kann ?

Sonntag 24.2.

Während ich schon meine Abreise vorbereite, klingelt morgens das Telefon, am Apparat ist Paul Staes, Europaabgeordneter der belgischen Grünen. Er sei gerade in Amman, habe mich gestern im TV gesehen und sei unten in der Lobby. Paul ist in Amman, um bei passender Gelegenheit nach Baghdad weiterzufahren, um sich vor Ort ein Bild über die umfassende Zerstörung des Irak

durch die Amerikaner zu machen. Gestern sei er allein in den engen Gassen der Altstadt von Amman gewesen und mit ca. 1 Kilo Spucke schwerer wieder rausgekommen. Die antiwestliche Stimmung aufgrund der Bombardements im Irak sei so massiv, wie er das noch nie erlebt habe. Eine alte Frau, die ihn bespuckt hat, habe er gefragt, warum sie ihn bespucke, er sei kein Amerikaner. Die Antwort »In the eyes of every foreigner, I see Israel« ist deutlich und wahrscheinlich durchaus repräsentativ für die Stimmung eines grossen Teils der Menschen in den arabischen Ländern heute. Die psychologischen Folgen dieses Krieges werden wohl noch lange Auswirkungen haben.

Nach meiner Rückkehr finde ich in meiner ungelesenen Post noch einen höchst interessanten Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 15. Februar: »Araber in Deutschland: Für vogelfrei erklärt - Als Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) unlängst die Bevölkerung angesichts irakischer Terrorpläne zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber Arabern aufrief, war der Effekt durchschlagend: Bei vielen Ausländer-Beratungsstellen im Bundesgebiet liefen schon wenige Tage später die Telefone heiss. Etliche Bürger, so stellte sich nach Auskunft der Sozialberater heraus, haben die ministerielle Aufforderung auf ihre Weise verstanden. Denunziation und Diskriminierung macht sich in deutschen Städten breit.« Es blieb eine einzelne Meldung. In Grossbritannien und Frankreich werden arabische Bürger, darunter viele Iraker, gar seit Januar »vorsorglich verhaftet« und abgeschoben, einfach nur, weil sie Araber sind. Welcher Rassismus hier zutage tritt, wird nicht zuletzt anhand der Tatsache deutlich, dass viele Iraker nur deshalb in Europa sind, weil sie wegen ihrer Gegnerschaft zu Saddam Hussein den Irak verlassen mussten. Wo bleibt der Aufschrei der Öffentlichkeit ? Insbesondere auch von den grossen Kämpfern gegen den Antisemitismus (beispielsweise H.Broder) ist kein Wort zu vernehmen, kein Protest, nichts. Sie sind damit beschäftigt, Antisemitismus bei all denjenigen auszumachen, die Israel kritisieren. Massiver *praktizierter* Antisemitismus gegen Araber stört sie offenbar nicht. Das neue Feindbild ist klar. So schnell geht das.

* * *

Anlage:

Stellungnahme der Delegation in Jerusalem

1. The peace movement in Europe and particularly Germany has been criticized in Israel als being anti-Israeli, politically naive and pro-Saddam Hussein. Strongly worded statements have been issued by various parts of the progressive and peace movement in Israel, provoking reactions and a very emotional and often not very rational debate. The purpose of this delegation of the Green Party is to discuss these disagreements with our friends in Israel. It is better to meet and talk rather than exchange accusations over the media. We have come with an open mind to learn more about the discussion here.

2. It was also the intention to talk to representatives of the Israeli government. We regret that these talks have been cancelled by the government.

3. We are shocked by the continuing missile attacks by Iraq against Israel and unreservedly condemn these attacks against innocent civilians. There can be no doubt about it that Israel has the right to defend itself against these attacks.

4. The occupation of Kuwait is a result of the Iraqi expansionism that has already caused the first Gulf war 1980-88. The Green Party, as a party coming out of the peace movement, has consistently opposed Germany's growing role as an arms exporting country. We have again and again exposed how German companies have armed Iraq, how subsequent (West) German governments have approved and licensed these exports, how even publicly owned companies such as MBB have supplied Iraq with military technology. The Scuds have been modernized with MBB technology - a company owned until recently by three federal states of Germany ruled by Christian Democrats, Social Democrats and Liberals. It is these parties that have to be accused of complicity with Saddam Hussein when they armed him even after his aggression against Iran in 1980.

5. We support the U.N. resolutions calling for Iraq's immediate and unconditional withdrawal from Kuwait. However, it is hypocritical to see countries such as the U.S., Turkey or Syria now pretending to be champions of international law in the anti-Iraq coalition. The U.S. aggressions against small nations such as Panama, Grenada, Nicaragua, Viet Nam etc in violation of international law are well-known. Turkey has occupied Northern Cyprus since more than 15 years in open disregard for U.N. resolutions. Syria has effectively occupied most of Lebanon since more than 15 years. Israel itself has occupied Lebanese, Syrian and Palestinian territories in open disregard for U.N. resolutions since 24 years. All these occupations must be ended. The right to self-determination applies to all people, not only Kuwaitis.

6. The U.S.-led bombing attacks on Iraq have gone way beyond anthing mandated by the UN-Security Council. Every day untold numbers of civilians are dying in Iraq, held hostages by their dictator and a U.S. policy bound on a "military solution". The comprehensive U.N. embargo had been given no real chance to force Iraq out of Kuwait. We demand an immediate ceasefire and the opening of negotiations about Iraq's withdrawal from Kuwait and about the other occupations in the Middle East.

7. A ceasefire is the only short-term possibility to stop the threat of missile attacks to Israel. The patriots are far from being a perfect protection, particularly in case of chemical warheads. As a party with its roots in the peace movement we have always categorically rejected any arms exports. However, there is a discussion now whether there should be an exception of this longstanding policy for Israel's defence against the Iraqi Scuds. Our first talks have improved our understanding why many parts of the Israeli peace movement cannot agree with such a categorical objection.

8. It ist our firm conviction that without a just solution of the

Israeli-Palestinian conflict, i.e. Israeli withdrawal from the occupied territories and establishment of a Palestinian state there alongside Israel, a lasting peace in the Middle East will be impossible. This implies mutual recognition of Israel and all Arab states. Without such a lasting peace, Israel will always be threatened, even if Saddam Hussein is removed from power. Peace ultimately cannot be guaranteed by military means but only by political means and mutual understanding. There are many obstacles for such a lasting peace, for instance the expanionism of Saddam Hussein's Iraq. But it is obvious that the refusal of subsequent Israeli governments to even negotiate about a Palestinian state and withdrawal from the occupied territories is also a very serious obstacle to a lasting peace in the Middle East. This refusal, furthermore, politically benefits forces among Arabs opposed to any compromise with Israel. Implenentation of the respective U.N. resolutions and Israeli withdrawal from the occupied territories are therefore not only necessary to ensure the right of the Palestinian people to self-determination but also to safeguard Israel's own security. We think that a Conference on Security and Cooperation in the Middle East would be the best suitable means to contribute to such a peace.

9. We regret the rather bad beginning of our visit and express our intention to continue the dialogue on the basis of accurate informations and positions, and we believe this is particulary important in times of disagreement. The delegation has taken note of Christian Stroebele's statement and regrets that our intentions for a dialogue have been seriously obstructed by his interview.

* * * * *